

WALTER KÄLIN

Professor em. der Universität Bern

ASTRID EPINEY

Professorin an der Universität Freiburg i.Ü.

MARTINA CARONI

Professorin an der Universität Luzern

JÖRG KÜNZLI

Professor an der Universität Bern

BENEDIKT PIRKER

Dr. iur., PD an der Universität Freiburg i.Ü.

Völkerrecht

Eine Einführung

5. Auflage



Aufgrund der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft und der Politik hat auch das Völkerrecht in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen und betrifft heute eine Vielzahl von Lebensbereichen. Das Skriptum dient einer Einführung in die Materie. In vier Teilen werden die Rechtsquellen des Völkerrechts, das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht, die Staaten, Internationalen Organisation und Individuen als Subjekte des Völkerrechts sowie die wichtigsten Mechanismen der Rechtsdurchsetzung im internationalen Bereich behandelt. Das Skriptum legt den Schwerpunkt auf Materien, über welche auch Juristinnen und Juristen mit primär landesrechtlicher Ausrichtung Bescheid wissen sollten. Umfangreiche Zitate geben dabei Zugang zu wichtigen Dokumenten im Original und erlauben, den Umgang mit englischen und französischen Texten zu üben. Die vorliegende Auflage aktualisiert die Ausführungen und zeichnet wichtige neue Entwicklungen nach.

Völkerrecht

Eine Einführung

Walter Kälin

Professor em. der Universität Bern

Astrid Epiney

Professorin an der Universität Freiburg i.Ü.

Martina Caroni

Professorin an der Universität Luzern

Jörg Künzli

Professor an der Universität Bern

Benedikt Pirker

Dr. iur., PD an der Universität Freiburg i.Ü.

5. Auflage



Stämpfli Verlag

Zitiervorschlag: Kälin/Epiney/Caroni/Künzli/Pirker, Völkerrecht, S. xy

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2022
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-5075-0

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-3008-0



VORWORT

Dieses Skriptum wendet sich in erster Linie an Studierende. Es behandelt in vier grossen Teilen die Rechtsquellen des Völkerrechts, Fragen des Verhältnisses von Völkerrecht und Landesrecht, die Staaten, internationalen Organisationen und Individuen als Subjekte des Völkerrechts, und schliesslich die wichtigsten Mechanismen der Rechtsdurchsetzung im internationalen Bereich. Die vorliegende 5. Auflage aktualisiert die Ausführungen und zeichnet wichtige neue Entwicklungen nach.

Im Gegensatz zu den meisten Lehrbüchern des Völkerrechts erörtert das Skriptum nicht alle klassischen Themen dieses Rechtsbereichs, sondern legt den Schwerpunkt auf jene Materien, über welche auch Juristinnen und Juristen mit primär landesrechtlicher Ausrichtung Bescheid wissen sollten. Die zunehmende gegenseitige Durchdringung von Völkerrecht und Landesrecht schafft in der rechtlichen Alltagspraxis oft besondere Schwierigkeiten. Dazu gehört nicht zuletzt der Umstand, dass völkerrechtliche Dokumente oft schwer zugänglich und in englischer oder französischer Fachterminologie verfasst sind. Damit der Umgang mit solchen Texten geübt werden kann, haben wir bewusst viele Originalzitate verwendet.

Diese Publikation beruht auf Vorlesungsunterlagen, an welchen in früheren Jahren zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgewirkt haben. Ihnen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Auflage und Frau Monika Wyss danken wir bestens.

Bern, Fribourg und Luzern im Dezember 2021

Walter Kälin, Astrid Epiney, Martina Caroni, Jörg Künzli, Benedikt Pirker

INHALTSVERZEICHNIS

FALLVERZEICHNIS	XVII
HINWEISE AUF LEHRMITTEL	XXV
WICHTIGE INTERNETADRESSEN	XXVII
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XXIX

EINFÜHRUNG: WAS IST VÖLKERRECHT?	1
----------------------------------	---

I.	GESCHICHTLICHE HINWEISE	1
	1. Vorläufer	1
	2. Klassisches Völkerrecht	3
II.	DAS MODERNE VÖLKERRECHT	5
	1. Begriff	5
	2. Merkmale	6
	3. Rechtsnatur des Völkerrechts	8

ERSTER TEIL: DIE RECHTSQUELLEN DES VÖLKERRECHTS	13
---	----

VORBEMERKUNG	13
--------------	----

1. KAPITEL: VERTRÄGE	14
----------------------	----

I.	BEGRIFF, ARTEN, ABGRENZUNGEN	14
	1. Bedeutung	14
	2. Begriff	14
	3. Arten	14
	4. Abgrenzungen	16
II.	VERTRAGSSCHLUSSVERFAHREN	17
	1. Vertragsfähigkeit	17
	2. Form völkerrechtlicher Verträge	17
	3. Verfahren für schriftliche Verträge	20
	4. Abschluss durch ein unzuständiges Organ	21

III.	VORBEHALTE	23
	1. Begriff	23
	2. Problem	23
	3. Zulässigkeit	24
	4. Gültigkeit	25
	5. Rechtsfolgen	25
	6. Zulässigkeit und Rechtsfolgen bei Menschenrechtsverträgen	26
	7. Auslegende Erklärung	28
IV.	AUSLEGUNG	28
	1. Die völkerrechtlichen Auslegungsregeln	29
	2. Die völkerrechtlichen Auslegungsmethoden	29
	3. Hinweis: Dynamische Auslegung von Menschenrechtsverträgen	38
V.	SUSPENDIERUNG, BEENDIGUNG UND UNGÜLTIGKEIT VÖLKERRECHTLICHER VERTRÄGE	38
	1. Überblick	38
	2. Wichtige Suspendierungs-, Beendigungs- und Nichtigkeitsgründe	39
	3. Verfahren bei Suspendierung, Beendigung oder Anrufung eines Ungültigkeitsgrundes	41
VI.	VERTRAGSSUKZESSION	41
	1. Relevante Situationen	41
	2. Grundprinzipien	42
	3. Tabula rasa	43
	4. Kontinuität ad interim	44
	5. Kontinuität	47
2. KAPITEL: GEWOHNHEITSRECHT		49
I.	BEGRIFF	49
II.	DIE ELEMENTE DES VÖLKERGEWOHNHEITSRECHTS	49
	1. Allgemeine Übung	49
	2. Rechtsüberzeugung (opinio iuris)	50
III.	DER NACHWEIS VON VÖLKERGEWOHNHEITSRECHT	52
	1. Explizite Erklärung	53
	2. Nachweiselemente bei fehlender Erklärung	54
IV.	SONDERFÄLLE	58
	1. Entstehung aus Vertrag	58
	2. Anerkennung	60

V.	VERLUST GEWOHNHEITSRECHTLICHER GELTUNG	60
	1. Relevanzverlust	61
	2. Verdrängung durch neues Gewohnheitsrecht	61
VI.	BEHARRLICHES WIDERSETZEN	62
VII.	REGIONALES UND BILATERALES VÖLKERGEWOHNHEITSRECHT	63
	1. Regionales Gewohnheitsrecht	63
	2. Bilaterales Gewohnheitsrecht	64
3. KAPITEL: ALLGEMEINE RECHTSGRUNDSÄTZE		67
I.	BEGRIFF	67
	1. Definition und Funktion	67
	2. Universalität der allgemeinen Rechtsgrundsätze und ihre Feststellung	67
	3. Hinweis: Allgemeine Rechtsgrundsätze auf regionaler Ebene	70
II.	BEISPIELE	71
	1. Acquiescence (qualifiziertes Stillschweigen)	71
	2. Estoppel (Verbot widersprüchlichen Verhaltens)	74
	3. Equity (Billigkeit)	75
	4. Legitimate Expectations (berechtigte Erwartungen)?	76
4. KAPITEL: WEITERE RECHTSQUELLEN?		77
I.	EINSEITIGE ERKLÄRUNGEN	77
	1. Begriff	77
	2. Beispiele	77
	3. Rechtsverbindlichkeit einseitiger Erklärungen	79
II.	„SOFT LAW“	80
	1. Sekundärrecht	80
	2. Nicht bindende Abkommen	81
	3. Wachsende Bedeutung von „Soft Law“	81
III.	SEKUNDÄRRECHT SUPRANATIONALER ORGANISATIONEN	82
IV.	RICHTERLICHE ENTSCHEIDUNGEN UND DOKTRIN ALS HILFSMITTEL	82
	1. Rechtsprechung	82
	2. Doktrin	83

5. KAPITEL: NORMKOLLISIONEN IM VÖLKERRECHT	85
I. DIE PROBLEMATIK EINER FEHLENDEN NORMHIERARCHIE IM VÖLKERRECHT	85
II. SPEZIFISCHE VÖLKERRECHTLICHE VORRANGREGELN	86
1. <i>ius cogens</i>	86
2. Internationaler Ordre Public	90
3. Art. 103 UNO-Charta	91
III. VÖLKERRECHTLICHE KOLLISIONSREGELN	91
1. Normkollisionen innerhalb der gleichen Rechtsquelle	92
2. Kollisionen zwischen Vertrags- und Gewohnheitsrecht	93
 ZWEITER TEIL: VÖLKERRECHT UND LANDESRECHT	 95
 1. KAPITEL: VERTRAGSSCHLUSSVERFAHREN IN DER SCHWEIZ	 95
I. KOMPETENZVERTEILUNG BUND – KANTONE	95
1. Vertragsschlusskompetenz	95
2. Mitwirkung der Kantone an aussenpolitischen Entscheiden des Bundes	96
II. VERHÄLTNIS BUNDESRAT – BUNDESVERSAMMLUNG	97
1. Aussenpolitik	97
2. Vertragsschlussverfahren	99
III. STAATSVERTRAGSREFERENDUM	105
1. Die Regelung der BV	105
2. Politologische Einordnung	105
3. Der Beitritt zu einer internationalen Organisation	106
4. Wichtige rechtsetzende Bestimmungen oder das Erfordernis des Erlasses eines Bundesgesetzes	107
IV. DIE ZUSTÄNDIGKEIT ZUR BEENDIGUNG VÖLKERRECHTLICHER VERTRÄGE	111
 2. KAPITEL: VERHÄLTNIS VÖLKERRECHT – LANDESRECHT	 113
I. PROBLEMSTELLUNG	113
II. DIE INNERSTAATLICHE WIRKUNGSWEISE DES VÖLKERRECHTS	113
1. Grundlagen: Dualismus und Monismus	113
2. Der Monismus in der Schweiz	115

III.	DER VORRANG DES VÖLKERRECHTS GEGENÜBER DEM SCHWEIZERISCHEN LANDESRECHT	118
	1. Grundsätze	118
	2. Wirkung des Vorrangs in der Rechtsetzung	119
	3. Wirkung des Vorrangs in der Rechtsanwendung	121
IV.	DIE DIREKTE ANWENDBARKEIT VÖLKERRECHTLICHER VERTRÄGE	131
	1. Fragestellung	131
	2. Die Bestimmung der direkten Anwendbarkeit völkerrechtlicher Vertragsbestimmungen	132
 DRITTER TEIL: VÖLKERRECHTSSUBJEKTE		 143
 VORBEMERKUNG		 143
 1. KAPITEL: STAATEN		 145
I.	BEGRIFF	145
	1. Relevanz des Staatsbegriffs	145
	2. Die Elemente des Staatsbegriffs	145
	3. Anerkennung als Staat	152
II.	DER GRUNDSATZ DER TERRITORIALEN SOUVERÄNITÄT	157
	1. Begriff und Umfang	157
	2. Bedeutung im Umweltvölkerrecht	160
III.	DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER	163
	1. Entstehung und Verankerung	163
	2. Teilgehalte	166
IV.	DAS EINMISCHUNGSVERBOT (INTERVENTIONSVERBOT)	168
V.	IMMUNITÄT VON STAATEN	172
	1. Begriff	172
	2. Zweck der Immunität	173
	3. Gerichtsbarkeitsimmunität	174
	4. Zwangsvollstreckungsimmunität	180
	5. Zusammenfassung der schweizerischen Praxis	183
	6. Exkurs: Immunität höchster Staatsorgane vor drittstaatlicher Gerichtsbarkeit	184

VI.	ZUSTÄNDIGKEIT DER STAATEN	188
	1. Die Zuständigkeit zur Rechtsetzung	188
	2. Die staatliche Zuständigkeit zur Rechtsdurchsetzung	197
	3. Die Zulässigkeit staatlicher Hoheitsakte auf fremdem Staatsgebiet aufgrund spezieller völkerrechtlicher Normen	205
	 2. KAPITEL: ZWISCHENSTAATLICHE BEZIEHUNGEN	 207
I.	DAS RECHT DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN	207
	1. Unterschied Diplomat – Konsul	207
	2. Die Rechtsstellung des diplomatischen Personals	207
	3. Immunitäten und Vorrechte des diplomatischen Personals und der Missionen	208
II.	KONSULARISCHER SCHUTZ	213
	 3. KAPITEL: STAATENVERANTWORTLICHKEIT	 216
I.	VERANTWORTLICHKEIT FÜR RECHTSWIDRIGES VERHALTEN	216
	1. Rechtsquellen der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	216
	2. Begriff der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	217
	3. Die völkerrechtswidrige Handlung	217
	4. Ausschluss der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	228
	5. Rechtsfolgen	229
	6. Geltendmachung	231
II.	VERANTWORTLICHKEIT FÜR RECHTMÄSSIGES VERHALTEN	231
	 4. KAPITEL: INTERNATIONALE ORGANISATIONEN	 235
I.	ALLGEMEINES	235
	1. Begriff und Merkmale internationaler Organisationen	235
	2. Hinweis: Supranationale Organisationen	238
II.	DIE UNO	239
	1. Entstehung	239
	2. Die UNO-Charta	239
	3. Ziele und Grundsätze	244
	4. Zur Völkerrechtssubjektivität der UNO	245

5. Mitgliedschaft	247
6. Organisation	248
7. Tätigkeitsbereiche der UNO	254
III. DIE RECHTLICHE BEDEUTUNG VON BESCHLÜSSEN INTERNATIONALER ORGANISATIONEN („SOFT LAW“)	256
1. Überblick	256
2. Verbindlichkeit kraft primärer Rechtsquelle	256
3. Resolutionen als „Soft Law“	259
IV. VERANTWORTLICHKEIT UND IMMUNITÄT INTERNATIONALER ORGANISATIONEN	265
1. Einleitung	265
2. Die Voraussetzungen der Verantwortlichkeit internationaler Organisationen	265
3. Die absolute Immunität internationaler Organisationen	266
4. Die Verantwortlichkeit von Mitgliedsstaaten für völkerrechtwidriges Verhalten einer internationalen Organisation	268
5. KAPITEL: INDIVIDUEN	271
I. AUSGANGSPUNKT: DIE MEDIATISIERUNG DES INDIVIDUUMS IM KLASSISCHEN VÖLKERRECHT	271
II. FREMDENRECHT	271
1. Das Fremdenrecht des klassischen Völkerrechts	271
2. Beispiel: Der Schutz des Eigentums ausländischer Personen	272
III. DIE ANERKENNUNG INDIVIDUELLER RECHTE IM MODERNEN VÖLKERRECHT	274
IV. DIE MENSCHENRECHTE IM BESONDEREN	275
1. Definition	275
2. Rechtliche Verankerung	276
3. Träger der Verpflichtungen	279
4. Die Verpflichtungen der Vertragsstaaten aus Menschenrechtsgarantien	279
5. Die Geltung der Menschenrechte	283
6. Die Durchsetzung der Menschenrechte	285
V. INDIVIDUELLE PFLICHTEN	285
1. Verpflichtungsarten	285
2. Strafbarkeit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit	287

VIERTER TEIL: DIE DURCHSETZUNG DES VÖLKERRECHTS	293
VORBEMERKUNG	293
1. KAPITEL: ZWISCHENSTAATLICHE (DEZENTRALE) DURCHSETZUNG DES VÖLKERRECHTS	294
I. VERPFLICHTUNG ZUR FRIEDLICHEN STREITBEILEGUNG	294
1. Grundsatz	294
2. Nichtrichterliche Streitbeilegung zwischen den Parteien	294
3. Nichtrichterliche Streitbeilegung unter Beizug von Dritten	296
II. ZWISCHENSTAATLICHE ZWANGSMASSNAHMEN	297
1. Suspendierung und Beendigung von Verträgen gemäss Art. 60 VRK	297
2. Retorsionen	298
3. Gegenmassnahmen	299
III. DIPLOMATISCHER SCHUTZ	300
1. Begriff	300
2. Rechtsnatur	302
3. Voraussetzungen	304
4. Praktische Relevanz des diplomatischen Schutzes	310
2. KAPITEL: GERICHTLICHE UND GERICHTSÄHNLICHE DURCHSETZUNG DES VÖLKERRECHTS	311
I. INTERNATIONALE SCHIEDSGERICHTE UND DAS WTO-STREITBEILEGUNGSVERFAHREN	311
1. Entwicklung und Grundzüge der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	311
2. Formen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	311
3. Das WTO-Streitbeilegungsverfahren	312
4. Schiedsverfahren zwischen Staaten und Privaten	314
II. INTERNATIONALE GERICHTE	315
1. Überblick	315
2. Der Internationale Seegerichtshof	316
3. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	316
4. Internationale Strafgerichte	319
III. INSBESONDERE DER INTERNATIONALE GERICHTSHOF (IGH)	322
1. Zuständigkeit in Streitsachen	323
2. Zuständigkeit zur Erstattung von Gutachten	330
3. Grundzüge des Verfahrens	331

IV.	GERICHTSÄHNLICHE STREITBEILEGUNGSIINSTANZEN	331
V.	DIE VOLLSTRECKUNG VON ENTSCHEIDUNGEN INTERNATIONALER STREITBEILEGUNGSIINSTANZEN	333
	1. Die Grundzüge der Vollstreckung von Entscheidungen internationaler Streitbeilegungsinstanzen	333
	2. Vollstreckungsinstanzen	334
3.	KAPITEL: DAS SYSTEM DER KOLLEKTIVEN SICHERHEIT	337
I.	DAS GEWALTVERBOT	337
	1. Vorläufer	337
	2. Der heutige Inhalt des Gewaltverbots	338
	3. Das Selbstverteidigungsrecht als Ausnahme vom Gewaltverbot	340
	4. Militärische Zwangsmassnahmen nach Kap. VII der UNO-Charta als Ausnahme vom Gewaltverbot	347
	5. Weitere Ausnahmen vom Gewaltverbot?	347
	6. Verhältnis zum Interventionsverbot	349
II.	DIE DURCHSETZUNG DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT DURCH DEN SICHERHEITSRAT	350
	1. Die Durchsetzung der internationalen Sicherheit durch Verfahren der friedlichen Streitbeilegung: Kapitel VI der UNO-Charta	350
	2. Die Durchsetzung der internationalen Sicherheit durch Zwangsmassnahmen: Kapitel VII der UNO-Charta	350
	3. Friedenserhaltende und friedensschaffende Massnahmen	361
III.	EXKURS: DIE NEUTRALITÄT DER SCHWEIZ	366
	1. Die Rechtsquellen des Neutralitätsrechts	366
	2. Die Geltung des Neutralitätsrechts: Der Neutralitätsfall	368
	3. Rechte und Pflichten des neutralen Staates während bewaffneter Konflikte	370
	4. Zusätzliche Pflichten des permanent neutralen Staates während Friedenszeiten	372
	5. Die Neutralitätspolitik	372
	6. Neutralität und die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	373
	ANHANG	375
	ILC Entwurf zur Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen	375

FALLVERZEICHNIS

INTERNATIONALE GERICHTE UND ORGANE

INTERNATIONALER GERICHTSHOF (IGH)

Accordance with International Law of the Unilateral Declaration of Independence in Respect of Kosovo, Gutachten, I.C.J. Reports 2010, S. 403 ff.	167 f.
Ahmadou Sadio Diallo (Republic of Guinea v. Democratic Republic of the Congo), Begründetheit, Urteil, I.C.J. Reports 2010, S. 639 ff.	302, 305
Ahmadou Sadio Diallo (Republic of Guinea v. Democratic Republic of the Congo), prozesshindernde Einreden, Urteil, I.C.J. Reports 2007, S. 582 ff.	302, 305
Applicability of the Obligation to Arbitrate under Section 21 of the United Nations Headquarters Agreement of 26 June 1947, Gutachten, I.C.J. Reports 1988, S. 12 ff.	131
Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), Urteil, I.C.J. Reports 2007, S. 91 ff.	219 f., 222 f.
Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), prozesshindernde Einreden, Urteil, I.C.J. Reports 1996, S. 595 ff.	47
Application of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination [Georgia v. Russian Federation], Urteil, I.C.J. Reports 2011, S. 70 ff.	295
Armed Activities on the Territory of the Congo (New Application: 2002) (Democratic Republic of the Congo v. Rwanda), Zuständigkeit und Zulässigkeit, Urteil, I.C.J. Reports 2006, S. 6 ff.	324
Armed Activities on the Territory of the Congo (Democratic Republic of the Congo v. Uganda), Urteil, I.C.J. Reports 2005, S. 168 ff.	56, 338 f., 343 f., 346
Arrest Warrant of 11 April 2000 (Democratic Republic of the Congo v. Belgium), Urteil, I.C.J. Reports 2002, S. 3 ff.	57, 187 f.
Asylum Case (Colombia/Peru), Urteil, I.C.J. Reports 1950, S. 266 ff.	63 f.
Avena and Other Mexican Nationals (Mexico v. United States of America), Urteil, I.C.J. Reports 2004, S. 12 ff.	215, 274, 302
Barcelona Traction, Light and Power Company, Limited (Belgium v. Spain), Urteil, I.C.J. Reports 1970, S. 32 ff.	15 f., 90, 308 f.
Certain Activities Carried out by Nicaragua in the Border Area (Costa Rica v. Nicaragua) und Construction of a Road in Costa Rica along the San Juan River (Nicaragua v. Costa Rica), Doppelurteil, I.C.J. Reports 2015, S. 665 ff.	161, 294 f.
Certain Norwegian Loans (France v. Norway), Urteil, I.C.J. Reports 1957, S. 9 ff.	324, 327 f.
Corfu Channel (United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland v. Albania), Urteil, I.C.J. Reports 1949, S. 4 ff.	161, 218 f., 278
Dispute regarding Navigational and Related Rights (Costa Rica v. Nicaragua), Urteil, I.C.J. Reports 2009, S. 213 ff.	65 f.
East Timor (Portugal v. Australia), Urteil, I.C.J. Reports 1995, S. 90 ff.	167, 323, 328
Elettronica Sicula S.p.A. (ELSI) (United States of America v. Italy), Urteil, I.C.J. Reports 1989, S. 15 ff.	131
Frontier Dispute (Burkina Faso/Republic Mali), Urteil, I.C.J. Reports 1986, S. 554 ff.	75, 78 f., 324, 330
Gabčíkovo-Nagymaros Project (Hungary/Slovakia), Urteil, I.C.J. Reports 1997, S. 7 ff.	47, 161 f., 228, 298 f.

Immunities and Criminal Proceedings (Equatorial Guinea v. France), prozesshindernde Einreden, Urteil, I.C.J. Reports 2018, S. 292 ff.	325
Immunities and Criminal Proceedings (Equatorial Guinea v. France), Urteil, I.C.J. Reports 2020, S. ... ff. (noch nicht verfügbar)	207
Jadhav (India v. Pakistan), Urteil, I.C.J. Reports 2019, S. 418 ff.	274, 323
Jurisdictional Immunities of the State (Germany v. Italy: Greece intervening), Urteil, I.C.J. Reports 2012, S. 99 ff.	54, 56 f., 172, 179 ff.
LaGrand (Germany v. United States of America), Urteil, I.C.J. Reports 2001, S. 466 ff.	29, 213 ff., 217, 229, 274, 302
Legal Consequences for States of the Continued Presence of South Africa in Namibia (South-West Africa) notwithstanding Security Council Resolution 276 (1970), Gutachten, I.C.J. Reports 1971, S. 16 ff.	167, 250, 258 f., 260
Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory, Gutachten, I.C.J. Reports 2004, S. 136 ff.	166 f., 283 f., 343
Legal Consequences of the Separation of the Chagos Archipelago from Mauritius in 1965, Gutachten, I.C.J. Reports 2019, S. 95 ff.	166, 330
Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons, Gutachten, I.C.J. Reports 1996, S. 226 ff.	55, 260
Legality of the Use by a State of Nuclear Weapons in Armed Conflict, Gutachten, I.C.J. Reports 1996, S. 66 ff.	237
Legality of Use of Force (Yugoslavia v. United States of America), Provisional Measures, Anordnung vom 2. Juni 1999, I.C.J. Reports 1999, S. 916 ff.	328 f.
Maritime Delimitation and Territorial Questions between Qatar and Bahrain (Qatar v. Bahrain), Zuständigkeit und Zulässigkeit, Urteil, I.C.J. Reports 1994, S. 112 ff.	19
Maritime Dispute (Peru v. Chile), Urteil, I.C.J. Reports 2014, S. 3 ff.	75 f.
Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America), Urteil, I.C.J. Reports 1986, S. 14 ff.	50, 54 f., 59 ff., 92, 167-172, 221 f., 256 f., 278, 339 f., 346 f.
North Sea Continental Shelf (Federal Republic of Germany/Denmark; Federal Republic of Germany/Netherlands), Urteil, I.C.J. Reports 1969, S. 3 ff.	50 ff., 58 f., 61, 68 f., 75, 295, 324
Nottebohm (Liechtenstein v. Guatemala), zweite Phase, Urteil, I.C.J. Reports 1955, S. 4 ff.	306 ff., 327
Nuclear Tests (Australia v. France), Urteil, I.C.J. Reports 1974, S. 253 ff.	77 ff., 114 f.
Obligation to Negotiate Access to the Pacific Ocean (Bolivia v. Chile), Urteil, I.C.J. Reports 2018, S. 507 ff.	76, 80, 294 f.
Obligations Concerning Negotiations Relating to Cessation of the Nuclear Arms Race and to Nuclear Disarmament (Marshall Islands v. Pakistan), Urteil, I.C.J. Reports 2016, S. 552 ff.	295
Oil Platforms (Islamic Republic of Iran v. United States of America), Urteil, I.C.J. Reports 2003, S. 161 ff.	342, 345 ff.
Pulp Mills on the River Uruguay (Argentina v. Uruguay), Urteil, I.C.J. Reports 2010, S. 14 ff.	49, 161
Questions relating to the obligation to prosecute or extradite (Belgium v. Senegal), I.C.J. Reports 2012, S. 422 ff.	52, 278
Reparation for Injuries Suffered in the Service of the United Nations, Gutachten, I.C.J. Reports 1949, S. 174 ff.	237, 245 ff.
Request for Interpretation of the Judgment of 15 June 1962 in the Case concerning the Temple of Preah Vihear (Cambodia v. Thailand) (Cambodia v. Thailand), Urteil, I.C.J. Reports 2013, S. 281 ff.	72
Reservations to the Convention on Genocide, Gutachten, I.C.J. Reports 1951, S. 15 ff.	23 f., 90, 278

Right of Passage over Indian Territory (Portugal v. India), prozesshindernde Einreden, I.C.J. Reports 1957, S. 125 ff.	326 f.
Right of Passage over Indian Territory (Portugal v. India), Urteil, I.C.J. Reports 1960, S. 6 ff.	64 f.
South West Africa Cases (Ethiopia v. South Africa; Liberia v. South Africa), zweite Phase, Urteil, I.C.J. Reports 1966, S. 6 ff.	259
Sovereignty over Pedra Branca/Pulau Batu Puteh, Middle Rocks and South Ledge (Malaysia/Singapore), Urteil, I.C.J. Reports 2008, S. 12 ff.	72, 159
Temple of Preah Vihear (Cambodia v. Thailand), Urteil, I.C.J. Reports 1962, S. 6 ff.	71 ff., 149
United States Diplomatic and Consular Staff in Tehran (United States of America v. Iran), Urteil, I.C.J. Reports 1980, S. 3 ff.	211 ff., 223, 225 f., 229 f.
Western Sahara, Gutachten, I.C.J. Reports 1975, S. 12 ff.	148, 166

INTERNATIONALER MILITÄRGERICHTSHOFS VON NÜRNBERG

Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg vom 30. September/1. Oktober 1946, Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (1947), Bd. I, S. 189 ff.	287 f.
---	--------

INTERNATIONALES STRAFTRIBUNAL FÜR DAS EHEMALIGE JUGOSLAWIEN (ICTY)

Prosecutor v. Anto Furundžija, Urteil der Strafkammer, Fall-Nr. IT-95-17/1-T (1998)	69 f., 178
Prosecutor v. Tadić, Entscheidung der Beschwerdekammer über den Antrag der Verteidigung auf Einlegung einer Zwischenbeschwerde zur Zuständigkeit, Fall-Nr. IT-94-1 (1995)	355
Prosecutor v. Tadić, Urteil der Beschwerdekammer, Fall-Nr. IT-94-1-A (1999)	68

IRAN – UNITED STATES CLAIMS TRIBUNAL

Yeager v. Iran, 17 Iran Reports 92	224
------------------------------------	-----

SCHIEDSGERICHTE

Affaire des biens britanniques au Maroc espagnol (Espagne c. Royaume-Uni), Schiedsspruch vom 1. Mai 1929, UNRIAA II, S. 615-742	226
Estate of Jean-Baptiste Caire (France v. United Mexican States), Schiedsspruch vom 7. Juni 1929, UNRIAA V, S. 516-534	221
Island of Palmas Case (Netherlands/United States of America), Schiedsspruch vom 4. April 1928, UNRIAA II, S. 829-871	149, 157 ff.
Texaco Overseas Petroleum Company and California Asiatic Oil Company v. Government of the Libyan Arab Republic, Schiedsspruch vom 19. Januar 1977, 17 ILM 1/1978	260 f.
Trail Smelter (Canada v. United States of America), Schiedsspruch vom 16. April 1938 und 11. März 1941, UNRIAA III, S. 1905-1982	160, 285
Tribunal arbitral France/UNESCO, La question du régime fiscal des pensions versées aux fonctionnaires retraités de l'UNESCO résidant en France, Schiedsspruch vom 14. Januar 2003, in: RGDIP 2003/1, S. 221-256	275

STÄNDIGER INTERNATIONALER GERICHTSHOF (STIGH)

Factory at Chorzów (Germany v. Poland), Zuständigkeit, Urteil vom 26. Juli 1927, P.C.I.J. Series A, No. 9	216
Factory at Chorzów (Germany v. Poland), Begründetheit, Urteil vom 13. September 1928, P.C.I.J. Series A, No. 17	229
Jurisdiction of the Courts of Danzig, Gutachten vom 3. März 1928, P.C.I.J. Series B, No. 15	133, 271

Legal Status of Eastern Greenland (Denmark v. Norway), Urteil vom 5. April 1933, P.C.I.J. Series A/B, No. 53	17 ff., 21, 77
Phosphates in Morocco, Urteil vom 14. Juni 1938, P.C.I.J. Series A/B, No. 74	216
The Case of the S.S. „Lotus“, Urteil vom 7. September 1927, P.C.I.J. Series A, No. 10	188 f., 192, 196 f., 203

REGIONALE GERICHTE UND ORGANE

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE (EGMR)

Al-Adsani v. The United Kingdom, Urteil der Grossen Kammer vom 21. November 2001, Beschwerde Nr. 35763/97	178 f.
Al-Dulimi and Montana Management Inc. v. Switzerland, Urteil der Grossen Kammer vom 21. Juni 2016, Beschwerde Nr. 5809/08	242
Al-Moayad v. Germany, Zulässigkeitsentscheidung vom 20. Februar 2007, Beschwerde Nr. 35865/03	200 f.
Behrami and Behrami v. France and Saramati v. France, Germany and Norway, Zulässigkeitsentscheidung der Grossen Kammer vom 2. Mai 2007, Beschwerden Nr. 71412/01 und 78166/01	268 f.
Belilos v. Switzerland, Urteil vom 29. April 1988, Beschwerde Nr. 10328/83	28
Cudak v. Lithuania, Urteil vom 23. März 2010, Beschwerde Nr. 15869/02	173
Ilaşcu and Others v. Moldova and Russia, Urteil der Grossen Kammer vom 8. Juli 2004, Beschwerde Nr. 48787/99	304
Jones and Others v. The United Kingdom, Urteil vom 14. Januar 2014, Beschwerden Nr. 34356/06 und 40528/06	179
Nada v. Switzerland, Urteil der Grossen Kammer vom 12. September 2012, Beschwerde Nr. 10593/08	241 f.
Naït-Liman v. Switzerland, Urteil der Grossen Kammer vom 15. März 2018, Beschwerde Nr. 51357/07	179
Öcalan v. Turkey, Urteil der Grossen Kammer vom 12. Mai 2005, Beschwerde Nr. 46221/99	198
Osman v. United Kingdom, Urteil der Grossen Kammer vom 28. Oktober 1998, Beschwerde Nr. 23452/94	281
Ramirez Sanchez v. France, Urteil der Grossen Kammer vom 4. Juli 2006, Beschwerde Nr. 59450/00	264
Rantsev v. Cyprus and Russia, Urteil vom 7. Januar 2010, Beschwerde Nr. 25965/04	33 f., 38
Stichting Mothers of Srebrenica and Others v. The Netherlands, Urteil vom 11. Juni 2013, Beschwerde Nr. 65542/12	267

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION (EUGH)

Yassin Abdullah Kadi und Al Barakaat International Foundation gg. Rat der EU und Kommission der EG, Urteil vom 3. September 2008 (Verbundene Rechtssachen C-402/05 P und C-415/05 P)	242 f.
--	--------

GERICHT DER EUROPÄISCHEN UNION (EuG)

Ahmed Ali Yusuf und Al Barakaat International Foundation gg. Rat der EU und Kommission der EG, Urteil des Gerichts erster Instanz vom 21. September 2005, Rechtssache T-306/01, Slg. 2005, S. 3544 ff.	240 f.
Hoechst AG gg. Kommission der EG, Urteil vom 21. September 1989, verbundene Rechtssachen 46/87 und 227/88, Slg. 1989, S. 2859	70
Yassin Abdullah Kadi gg. Rat der EU und Kommission der EG, Urteil des Gerichts erster Instanz vom 21. September 2005, Rechtssache T-315/01, Slg. 2005, II-3649	242 f.

Liselotte Hauer gg. Land Rheinland-Pfalz, Urteil vom 13. Dezember 1979, Rechtssache 44/79, Slg. 1979, S. 3727 70

INTERAMERIKANISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE (IAGMR)

Aloeboetoe et al. v. Suriname, Reparations and Costs, Urteil vom 10. September 1993, Serie C, Nr. 15 88 f.

NATIONALE GERICHTE

DEUTSCHLAND

Bundesverfassungsgericht

Urteil des Zweiten Senats vom 31. Juli 1973, 2 BvF 1/73, Rn. 1-120 154

Beschluss des Zweiten Senats vom 10. Juni 1997, 2 BvR 1516/96, Rn. 1-92 211

Beschluss des Zweiten Senats vom 05. November 2003, 2 BvR 1506/03, Rn. 1-86 199 f.

Bundesverwaltungsgericht

Urteil vom 21. Juni 2005, 2 WD 12.04 227 f.

Verwaltungsgericht Köln

Fürstentum Sealand-Fall, Urteil vom 3. Mai 1978, DVBl. 1978, S. 510 ff. 147

NIEDERLANDE

District Court The Hague

Democratic Republic of East Timor et al. v. State of the Netherlands (1980), ILR 87 (1992), S. 74 ff. 153 f.

SCHWEIZ

Bundesgericht

A.A. und B.A. gg. Migrationsamt und Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich, BGE 142 II 35 128

A. c. Ministère public du canton de Genève, BGE 140 I 125 263

A. c. Office fédéral de la police, BGE 123 II 511 45 f.

A. SA et consorts c. Conseil fédéral, BGE 130 I 312 267, 303

Administration fédérale des contributions c. A., BGE 144 II 130 263 f.

Administration fédérale des contributions c. A.X. et B.X, BGE 142 II 161 263

Anhörungsrecht gemäss Kinderrechtskonvention, BGE 124 III 90 133, 136 f.

Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Grossbritannien von 1880, BGE 105 Ib 286 44

B. gg. Staatsanwaltschaft und Kantonsgericht von Graubünden, BGE 118 Ia 137 189 f.

Banque Bruxelles Lambert (Suisse) SA et huit consorts c. République du Paraguay et Sezione speciale per l'assicurazione del credito all'esportazione, BGE 124 III 382 174 f.

Banque de Crédit international c. Conseil d'Etat du canton de Genève, BGE 98 Ib 385 135 f.

BAP gg. J.B.L., nicht amtlich publiziertes Urteil des Bundesgerichts 1A.127/1990 vom 18. Dezember 1990 33

Bosshard Partners Intertrading AG gg. Sunlight AG, BGE 105 II 49 134

Bundesrepublik Deutschland gg. Kanton Schaffhausen, BGE 97 I 359 30 f.

Ch. c. Office fédéral de la police et Département fédéral de justice et police, BGE 111 Ib 138 90

D. c. Caisse cantonale genevoise de compensation et Tribunal cantonal des assurances sociales du canton de Genève, BGE 133 V 233	129
Eheleute Pater, BGE 93 II 354	36 f.
Eidgenössische Steuerverwaltung gg. Erben X und Verwaltungsgericht des Kantons Luzern, BGE 117 Ib 367	126
Eidgenössische Zollverwaltung gg. D., nicht amtlich publiziertes Urteil des Bundesgerichts 6S.5/1988 vom 10. Juni 1988	32 f.
Eidgenössische Zollverwaltung, Oberzolldirektion gg. X. und Y., BGE 138 II 524	125
Einziehung von Propagandamaterial der Kurdischen Arbeiterpartei, BGE 125 II 417	123 f., 127
Frigerio gg. Eidgenössisches Verkehrs- und Energiedepartement, BGE 94 I 669	116, 121 f.
Grosby c. Ministère public fédéral, BGE 97 I 372	123
H. gg. Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich, BGE 114 IV 128	203
Inländische Mission der Schweizer Katholiken gg. Kanton Nidwalden, BGE 112 Ia 75	16, 22 f.
Kanton Wallis gg. Kanton Tessin („Nufenen-Fall“), BGE 106 Ib 154	16, 72 ff., 74 f., 149
M. Al-Dulimi c. Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche DEFR (demande de révision), BGE 144 I 214	91
M. c. République Arabe d'Egypte, BGE 120 II 400	175 f.
Minelli gg. Regierungsrat des Kantons Zürich, BGE 118 Ia 64	263
M.X. und I.X. gg. Schweizerische Bundesanwaltschaft, BGE 126 II 212	194 f.
Nada gg. seco, Staatssekretariat für Wirtschaft sowie Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, BGE 133 II 450	91, 129, 241 f.
Niederlassungs- und Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Russland aus dem Jahr 1872, BGE 132 II 65	45
République du Congo-Brazzaville c. X., BGE 134 III 570	176 f.
S. c. Office fédéral de la police, BGE 122 II 485	90, 126 f.
S. gg. Hochbauamt und Appellationsgericht (als Verwaltungsgericht) des Kantons Basel-Stadt, BGE 118 Ia 112	133
S. gg. Staat Indien, BGE 110 II 255	173
SBN, SHS, WWF und Weitere gg. Regierungspräsidium Freiburg im Breisgau und Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, BGE 122 II 234	116
Schubert c. Commissione cantonale ticinese di ricorso, BGE 99 Ib 39	124 f.
Schweizerische Ausgleichskasse SAK gg. M., BGE 139 V 263	46
Sozialistische Libysche Arabische Volks-Jamahiriya gg. Actimon SA u.a., BGE 111 Ia 62	182 f.
Steenworden c. Société des Auteurs, Compositeurs et Editeurs de musique, BGE 59 II 331	123
UNO-Pakt I (direkte Anwendbarkeit Fall 1), BGE 121 V 246	139
UNO-Pakt I (direkte Anwendbarkeit Fall 2), BGE 130 I 113	140
V. gg. Regierungsrat des Kantons St. Gallen, BGE 120 Ib 360	22, 116
VEB Carl Zeiss Jena gg. Firma Carl Zeiss Heidenheim, BGE 91 II 117	156 f.
Wang et consorts c. Office des juges d'instruction fédéraux, BGE 130 II 217	154 f.
Wasservogel gg. EJPD, BGE 75 I 289	151
X. gg. Eidgenössische Steuerverwaltung (1. Steuerbetrugs-Fall), BGE 96 I 737	31 f.

X. gg. Migrationsamt und Departement für Justiz und Sicherheit des Kantons Thurgau, BGE 139 I 16	127, 129 f.
X. gg. Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich und Haftrichter des Bezirksgerichts Zürich, BGE 133 I 234	201
X und Y-Bank gg. Eidgenössische Steuerverwaltung (2. Steuerbetrugs-Fall), BGE 101 Ib 160	35
Z. (SchKG-Beschwerde), BGE 131 III 448	205
Zoll- und Handelsvertrag zwischen der Schweiz und dem deutschen Zoll und Handelsverein, BGE 7 I 774	116

Bundesrat

Beschluss des Bundesrates vom 14. August 1985 i. S. Marc Rich & Co AG, VPB 51 (1987) Nr. 5, S. 36 ff.	192
---	-----

Bundesstrafgericht

Schweizerische Bundesanwaltschaft gg. Issac Bental, Urteil vom 7. Juli 2000, Dossier-Nr. 9X.1/1999	202 f.
---	--------

Bundesverwaltungsgericht

S. gg. IV-Stelle für Versicherte im Ausland IVSTA, Urteil (C_4828/2010) vom 7. März 2011	111 f.
Bayerische Motoren Werke AG gg. Wettbewerbskommission WEKO, Urteil (B-3332/2012) vom 15. November 2015	195 ff.

VEREINIGTES KÖNIGREICH

House of Lords

Regina v. Bartle and Others ex parte Pinochet, Urteile vom 25 November 1998, 17. Dezember 1998 und 24. März 1999	185 ff.
---	---------

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

United States Supreme Court

United States v. Alvarez-Machain, 504 U. S. 655 (1992) (ILM 1992, S. 900 ff.)	199
---	-----

United States District Court, Southern District of New York

Delama Georges et. al. v. United Nations et al., Urteil und Anordnung vom 9. Januar 2015, Nr. 13-CV-7146 (JPO)	267
---	-----

HINWEISE AUF LEHRMITTEL

ZITIERWEISE:

Die nachfolgend aufgeführten Publikationen werden, wenn nichts anderes angegeben ist, mit Nachnamen der Autorin bzw. des Autors sowie mit Seitenzahl oder Randnummer zitiert.

- COMBACAU JEAN/SUR SERGE, Droit international public, 13. Auflage, LGDJ, Paris 2019
- CRAWFORD JAMES, Brownlie's Principles of Public International Law, 9. Auflage, Oxford University Press, Oxford 2019
- DOEHRING KARL, Völkerrecht – Ein Lehrbuch, 2. Auflage, C.F. Müller Verlag, Heidelberg 2004
- GAETA PAOLA/VIÑUALES JORGE E./ZAPPALÁ SALVATORE, Cassese's International Law, 3. Auflage, Oxford University Press, Oxford 2020
- HOBE STEPHAN, Einführung in das Völkerrecht, 11. Auflage, Narr Franke Attempto Verlag utb., Tübingen 2020
- IPSSEN KNUT, Völkerrecht, 7. Auflage, C.H. Beck, München 2018
- KÄLIN WALTER/KÜNZLI JÖRG, Universeller Menschenrechtsschutz, 4. Auflage, Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel 2019
- KEMPEN BERNHARD/HILLGRUBER CHRISTIAN/GRABENWARTER CHRISTOPH, Völkerrecht, 3. Auflage, Vahlen, München 2021
- KOKOTT JULIANE/DOEHRING KARL/BUERGENTHAL THOMAS, Grundzüge des Völkerrechts, 3. Auflage, C.F. Müller UTB, Heidelberg 2003
- MÜLLER JÖRG P./WILDHABER LUZIUS, Praxis des Völkerrechts, 3. Auflage, Stämpfli Verlag AG, Bern 2001
- PERRIN GEORGES, Droit international public: sources, sujets, caractéristiques, Schulthess, Zürich 1999
- PETERS ANNE/PETRIG ANNA, Völkerrecht: Allgemeiner Teil, 5. Auflage, Schulthess, Zürich 2020
- SCHWEISFURTH THEODOR, Völkerrecht, Mohr Siebeck UTB, Tübingen 2006
- SHAW MALCOLM N., International Law, 9. Auflage, Cambridge University Press, Cambridge 2021

- STEIN TORSTEN/VON BUTTLAR CHRISTIAN/KOTZUR MARKUS, Völkerrecht, 14. Auflage, Vahlen, München 2016
- VERDROSS ALFRED/SIMMA BRUNO, Universelles Völkerrecht, 3. Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1984
- VITZTHUM WOLFGANG G./PROELSS ALEXANDER (Hrsg.), Völkerrecht, 8. Auflage, De Gruyter, Berlin 2019
- ZIEGLER ANDREAS R., Einführung in das Völkerrecht, 4. Auflage, Stämpfli Verlag AG, Bern 2020
- ZIEGLER KARL-HEINZ, Völkerrechtsgeschichte: Ein Studienbuch, 2. Auflage, C.H. Beck, München 2007 (zit. als KARL-HEINZ ZIEGLER)

WICHTIGE INTERNETADRESSEN

- <https://www.un.org> UNO (mit zahlreichen Links).
- <https://www.icj-cij.org> Internationaler Gerichtshof (IGH).
- <https://www.coe.int> Europarat.
- <https://www.echr.coe.int> Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte.
- <https://www.admin.ch> Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft: Links u.a. zu SR, BBl, EDA und Direktion für Völkerrecht.
- <https://www.bger.ch> Schweizerisches Bundesgericht.
- <https://www.mpil.de> Website des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Heidelberg): Umfassender Bibliothekskatalog, thematischer Digest der IGH-Urteile, Links und vieles mehr.
- <https://www.asil.org> The American Society of International Law (ASIL): Zahlreiche Artikel (u.a. aus AJIL), Links und vieles mehr.
- <https://opil.ouplaw.com/home/EPIL> Max Planck Encyclopedias of International Law.
- <https://uhri.ohchr.org> Universal Human Rights Index (UHRI): Umfassende Informationen und UNO-Dokumente über die Menschenrechtsslage in den einzelnen Ländern.
- <https://legal.un.org/ilc/> International Law Commission.
- <https://legal.un.org/avl/> Audiovisual Library of International Law: Materialien zu wichtigen Verträgen, Video-Vorlesungen bekannter Völkerrechtsexpert/innen, Links zu Urteilen und völkerrechtlichen Zeitschriften und vieles mehr.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ABI EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABI EU	Amtsblatt der Europäischen Union
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AJIL	American Journal of International Law
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Schweiz)
Amtl. Bull. NR/SR	Amtliches Bulletin des Nationalrates/Ständerates (Schweiz)
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
ASYL	Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis
AVR	Archiv des Völkerrechts
BBi	Bundesblatt (Schweiz)
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts (Amtliche Sammlung)
BS	Bereinigte Sammlung des Bundesrechts 1848-1947 (Schweiz)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Deutschland)
BvR	Aktenzeichen einer Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
CIJ	Cour internationale de justice
CIJ Recueil	Recueil des arrêts, avis consultatifs et ordonnances de la Cour internationale de justice (= I.C.J. Reports)
CPJI	Cour permanente de justice internationale
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EGV	Vertrag der Europäischen Gemeinschaft
EJIL	European Journal of International Law
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMRK	(Europäische) Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (SR 0.101)
EStV	Eidgenössische Steuerverwaltung
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
Fed. Reg.	Federal Register (https://www.archives.gov/federal-register)
GV	Generalversammlung
GYIL	German Yearbook of International Law
IAGMR	Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte

ICC	International Criminal Court
ICJ	International Court of Justice
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
IGH	Internationaler Gerichtshof
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILR	International Law Reports
Iran-U.S.C.T.R.	Iran-United States Claims Tribunal Reports
IRS	Internal Revenue Service (Vereinigte Staaten von Amerika)
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LNTS	League of Nations Treaty Series
MStG	Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927 (SR 321.0)
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PCIJ	Permanent Court of International Justice
Pra.	Praxis des Bundesgerichts (Schweiz)
Res.	Resolution
RGDIP	Revue Générale de Droit International Public
RIAA	Vgl. UNRIAA
SC Res.	Security Council Resolution
SJIR	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht (heute SZIER)
Slg.	Sammlung (der Rechtsprechung des EuGH)
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
SR	Sicherheitsrat
StGB	Schweizerisches Strafbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht (= RSDIE)
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen)
UNRIAA	UN Reports of International Arbitral Awards
UNTS	United Nations Treaty Series
VE	Vorentwurf
VEB	Verwaltungsentscheide der Bundesbehörden (heute VPB)
Verb. Rs.	Verbundene Rechtssache
VG	Verwaltungsgericht
VN	Vereinte Nationen (Zeitschrift)

XXX

VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden (Schweiz)
VRK	Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (SR 0.111)
WEKO	Wettbewerbskommission (Schweiz)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
WÜD	Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (SR 0.191.01)
WÜK	Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (SR 0.191.02)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins

EINFÜHRUNG: WAS IST VÖLKERRECHT?

I. GESCHICHTLICHE HINWEISE

Unter Völkerrecht verstand man traditionellerweise das Recht der zwischenstaatlichen Beziehungen (zum modernen, weiter gefassten Begriff hinten Ziff. II.1). Solches Recht kann nur existieren, wo Staaten im Sinn von Gebietskörperschaften mit Regierungsmacht über ein bestimmtes Territorium miteinander in Kontakt treten. Eine solche Staatengemeinschaft existiert erst seit dem Westfälischen Frieden (dazu hinten Ziff. 2.a), auch wenn sich Vorläufer des Völkerrechts, deren Institute zum Teil bis heute nachwirken, in verschiedenen Phasen der Weltgeschichte finden lassen.

1. Vorläufer

a. Antike

Die *griechischen Stadtstaaten der klassischen Antike* (600-338 v. Chr.) pflegten miteinander eine Vielzahl politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen und schlossen militärische und politische Bündnisse. Viele dieser Beziehungen wurden vertraglich geregelt. Sie sind ein gutes Beispiel dafür, welche Voraussetzungen nötig sind, damit sich eine zwischenstaatliche Rechtsordnung entwickeln kann: Die griechischen Stadtstaaten (*pólis/póleis*) waren grundsätzlich gleichberechtigte, politisch voneinander unabhängige, aber ökonomisch und militärisch miteinander vernetzte Gebietskörperschaften. Laut KARL-HEINZ ZIEGLER entwickelten sie ein „fein ausgebildetes Fremdenrecht[, welches] erst den intensiven zwischenstaatlichen Verkehr innerhalb der Polis-Welt“ ermöglichte. Dazu gehörten drei Institutionen

„Die Proxenie war ein früher Vorläufer unseres Konsulats. Der Proxenos nahm sich der Angehörigen des Staates, für den er der Staats-Gastfreund war, in seiner eigenen Gemeinde an. Die Asylie war der sakralrechtlich oder staatsrechtlich eingeräumte Schutz vor Gewaltmassnahmen gegen die Person oder das Eigentum, also vor Raub, vor Repressalien oder vor sonstiger, nicht gerichtlich autorisierter Selbsthilfe. Mit der Isopolitie („gleiches Bürgerrecht“) wurde einzelnen Bürgern oder sogar allen Bürgern einer fremden Polis die gleiche Rechtsstellung eingeräumt wie den eigenen Einwohnern (den – modern gesprochen – Inländern).“ (Karl-Heinz Ziegler, S. 28 und 31)

Die *römische Republik* (ca. 500-27 v. Chr.) kannte das Institut des Staatsvertrags (*foedus*). Dabei ging es um Freundschaftsbündnisse und Friedensverträge, aber auch um Kriegsverträge, Waffenstillstandsvereinbarungen und Kapitulationsverträge, d.h. um das Recht des Krieges. Dazu ZIEGLER:

„Es waren die Römer, die den Krieg erstmals als Rechtsvorgang zu begreifen suchten. Im Zentrum des römischen Kriegsrechts steht der später formulierte Begriff des gerechten Kriegs (*bellum iustum*). Er bezeichnet den Krieg, der den Vorschriften des Fetialrechts (*ius fetiale*) entsprechend eingeleitet worden war. (...) Danach musste zunächst ein Fetiale als Gesandter des römischen Volkes (...) dem künftigen Gegner die Forderung nach Genugtuung überbringen (...). Falls binnen 30 Tagen

keine Genugtuung erfolgte, wurde der mögliche Krieg angekündigt (...). Entschied sich dann in Rom der Senat für den Krieg, erfolgte die feierliche Kriegserklärung (...)." (Karl-Heinz Ziegler, S. 41)

Mit CICERO (106-43 v. Chr.) begann eine juristisch-philosophische Debatte über den gerechten Krieg (*bellum iustum*), die bis heute andauert.

„Der ‚gerechte Krieg‘ (...) ist für Cicero ein Verteidigungskrieg oder ein Krieg, um erlittenes Unrecht zu vergelten. Rechtmässiger Kriegsgegner (...) kann daher nur ein Gemeinwesen sein, nicht aber eine Bande von Räubern oder Piraten. Dem Kriegsgegner gegenüber gilt das Prinzip der Vertragstreue, vor allem beim eidlich bekräftigten Versprechen.“ (Karl-Heinz Ziegler, S. 48)

Das *römische Imperium der Kaiserzeit* (27 v. Chr. - 284 n. Chr.) verstand sich im Gegensatz zu den griechischen Stadtstaaten als Grossmacht, welche im Verkehr mit den „Barbaren“ grundsätzlich nicht an Verträge gebunden war, sondern diesen rechtsfrei, d.h. unter rein politischen Erwägungen, gestalten konnte (Hobe, S. 32). Die Römer prägten zwar den Begriff des Völkerrechts (*ius gentium*), meinten damit aber nicht das Recht der zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern – im Gegensatz zum *ius civile*, das zwischen römischen Bürgern galt – das Recht der Beziehungen zu Personen ohne römisches Bürgerrecht. Dabei handelte es sich primär um Privatrecht, erfasst waren aber auch Regeln, welche gewisse zwischenstaatliche Sachverhalte betrafen (David J. Bederman, *International Law in Antiquity*, Cambridge 2001, S. 84 f. und 115 f.). Dennoch liess die Dominanz der römischen Grossmacht kein Völkerrecht im Sinne von Rechtsregeln zwischen gleichberechtigten, unabhängigen Staaten entstehen.

b. Mittelalter und frühe Neuzeit

Die Rechtsordnung des Mittelalters beruhte auf den Lehensbeziehungen und damit Treueverhältnissen zwischen Herrschern und Gefolgsleuten. Sie war nicht territorial, sondern personenbezogen ausgerichtet, d.h. der Lehensherr bestimmte, welchem Recht die Vasallen unterstanden. Die Verträge, die zwischen den Herrschaftsverbänden geschlossen wurden, waren persönliche Rechtsverhältnisse, die spätestens mit dem Tod der Vertragspartner endeten. Daraus konnte sich kein allgemeines Rechtssystem entwickeln (Hobe, S. 34 ff.).

Bedeutsam sind aber die Beiträge des Mittelalters zur weiteren Entwicklung der Lehre vom gerechten Krieg. Insbesondere wurde die Frage diskutiert, ob ein Krieg auch auf beiden Seiten gerecht sein kann (*bellum iustum ex utraque parte*). HOBE fasst die Entwicklung so zusammen:

„In Anknüpfung an *Augustinus* (354-430) entwickelte *Thomas von Aquin* (1225-1274) die *Lehre vom gerechten Krieg* weiter und stellte sie hinein in das strenge Gedankengebäude der Scholastik, das die Grundprinzipien des wissenschaftlichen Denkens schuf. (...)“

Während Augustinus und die Scholastiker den gerechten Krieg allein daran erkennen wollten, ob er aus rechtem Grund (*ex iusta causa*) und mit rechter Absicht (*intentio recta*) geführt wurde, unterschied bereits [*Franciscus de*] *Vitoria* [1480-1546] zwischen schuldhaftem und schuldlosem („objektivem“) Unrecht. Der objektiv zwar das Recht verletzende Gegner, der sich subjektiv in gutem Glauben oder in Unkenntnis der Rechtswidrigkeit befinde, dürfe wohl niedergerungen werden, eine

Bestrafung aber könne nur gegenüber dem schuldigen Feind in Frage kommen. (...) Einen Schritt weiter ging [Franciscus] Suárez [1548-1617], der klar herausstellte, dass nach christlicher Auffassung der Krieg nur als Verteidigungskrieg gegen objektives Unrecht und als Strafkrieg gegen einen schuldigen Feind zulässig sei. Zum Unrecht des Krieges muss hier allerdings noch das wirkliche Erforderlichsein der kriegesischen Gewalt hinzukommen. Der letztere Gedanke (...) ist eine erste Ausprägung des Prinzips, das heute noch das ganze Völkerrecht beherrscht: das Prinzip der Verhältnismässigkeit von Zweck und Mitteln.

Die Beschäftigung mit der Situation des gutgläubig handelnden, aber objektiv im Unrecht befindlichen Kriegführenden, warf eine völlig neue Frage auf: kann der Krieg auf beiden Seiten gerecht sein? Es war Alberico Gentili [1552-1608], der diese Frage schliesslich bejahte und den Begriff des *bellum iustum ex utraque parte*, des beiderseits gerechten Krieges, prägte. Dieser Begriff offenbart einen Epochenabschluss in der Geschichte des Völkerrechtsdenkens und leitet über zum Beginn jener Periode, die im Allgemeinen als ‚klassisches Völkerrecht‘ bezeichnet und von vielen als der Anfang des Völkerrechts überhaupt angesehen wird. Der Grund für diese Beurteilung ist offenkundig: wenn der Krieg für beide Seiten gerecht sein kann, so wird er moralisch indifferent, es kann die Rechtsfigur der Neutralität entstehen, also die Annahme einer Pflicht zu unparteiischem Verhalten gegenüber beiden Kriegführenden (...). Eine solche Haltung aber war nur möglich, weil die Einheit des christlichen Abendlandes zerbrochen war und es keine Instanz mehr gab, die moralisches Recht oder Unrecht feststellen konnte. Der Begriff der Souveränität sprengte dann die letzten Fesseln und begründete für jeden Staat das ‚Recht zum Kriege‘ (*ius ad bellum*).“ (Hobe, S. 19)

Der Niederländer HUGO GROTIUS (1583-1645) wird oft als „Vater des Völkerrechts“ bezeichnet. Er verfasste eine Abhandlung über die Meeresfreiheit (*Mare liberum*) und über das Seebeuterecht (*De iure praedae commentarius*). Sein Hauptwerk, die „Drei Bücher vom Recht des Krieges und des Friedens“ (*De iure belli ac pacis libri tres*), erschien 1625. GROTIUS beschrieb darin bereits dasjenige System, das im Westfälischen Frieden rechtlich verankert werden sollte, bestimmte „die damalige Staatenpraxis als Quelle des Völkerrechts“, und identifizierte „den in den Verträgen dokumentierten Willen der Staaten, also den Konsens der Staatengemeinschaft als eigenständige Geltungsgrundlage“ seiner Normen (Hobe, S. 22). Mit diesem Werk „beginnt das *neuere Natur- und Völkerrecht*, beginnt die neuzeitliche *systematische Völkerrechtswissenschaft*“ (Karl-Heinz Ziegler, S. 136).

2. Klassisches Völkerrecht

a. Entstehung

Das Völkerrecht im heutigen Sinn entstand mit der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Europa, wie sie im Westfälischen Frieden von 1648 ihren Ausdruck fand. Der Grundsatz des Augsburger Religionsfriedens von 1555, *cuius regio, eius religio*, d.h. das Prinzip, dass der Herrscher über die religiöse Konfession in seinem Gebiet entscheidet, wurde in den Westfälischen Friedensverträgen verankert und verallgemeinert. Damit löste das Konzept der *Territorialherrschaft* die mittelalterliche Lehensordnung zwischen Herrn und Vasallen mit ihren personalisierten Rechtsbeziehungen ab. Nun bestimmte der Herrscher, welches Recht in seinem Gebiet galt. Wer die Grenzen dieses Territoriums

überschritt, unterstand automatisch dessen Rechtsordnung und hatte die ausschliessliche Regierungsgewalt des jeweiligen Herrschers anzuerkennen. Die Grenzen des Heiligen Römischen Reichs und der Staaten im Reich wurden neu festgelegt oder bestätigt. Der Westfälische Frieden legte fest, dass zwischenstaatliche Verträge im Sinne der *Maxime pacta sunt servanda* einzuhalten sind und er schuf einen Mechanismus zur Streitbeilegung zwischen den beteiligten Staaten.

Auf dieser Basis entstanden im Laufe der Zeit die modernen Nationalstaaten. Ihr Hauptattribut war die Souveränität im Sinne des Letztentscheidungsrechts in rechtlichen Fragen. Diese Souveränität konnte nur durch freiwillige Vereinbarung mit gleichberechtigten Partnern, d.h. auf der Grundlage gemeinsam anerkannten Rechts, eingeschränkt werden.

b. Merkmale des klassischen Völkerrechts des 18. und 19. Jahrhunderts

Das klassische Völkerrecht, das bis zum Ende des Ersten Weltkrieges galt, kann als *Recht der zwischenstaatlichen Beziehungen* definiert werden. Es beruhte auf der Idee, dass die Staaten Gebilde *mit absoluter Souveränität* sind, die rechtlich miteinander auf der Basis der Gleichberechtigung in Verkehr treten. Zum Kreis der so privilegierten Staaten gehörten allerdings nur die sog. „*zivilisierten*“ *Nationen* (d.h. die europäischen Staaten, die unabhängigen Staaten Nord- und Südamerikas, später auch das türkische Reich und Japan), während die übrigen Gebiete der Erde ohne Weiteres kolonisiert werden konnten.

Hauptaufgabe des europäisch geprägten klassischen Völkerrechts war die *Regelung der Koexistenz* der Staaten, d.h. der Beziehungen zwischen souveränen, voneinander weitgehend unabhängigen Gebietskörperschaften: Wichtige Regelungsgegenstände waren die Abgrenzung der jeweiligen staatlichen Zuständigkeitsbereiche (Grenzen, Fragen der Zuständigkeit zur Rechtsetzung und Rechtsdurchsetzung), der zwischenstaatliche Verkehr (Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, Auslieferungs- und Rechtshilfeverkehr, Postwesen etc.) sowie die Frage des Krieges und seiner Folgen. Innerstaatliche Angelegenheiten (z.B. die Menschenrechte) lagen im Souveränitätsbereich der Staaten und konnten damit nicht Gegenstand des Völkerrechts sein (Verbot der Einmischung in die inneren Verhältnisse).

Viele Institute des klassischen Völkerrechts gelten auch heute noch. Beispiele sind wichtige Teile des Rechts der Verträge (hinten 1. Teil, 1. Kap.), die Grundsätze des diplomatischen und konsularischen Verkehrs (hinten 3. Teil, 2. Kap., Ziff. I) oder der sog. diplomatische Schutz (hinten 4. Teil, 1. Kap., Ziff. III).

c. Das Recht auf Krieg

Die Anerkennung der staatlichen Souveränität als absolutes Recht fand ihren Höhepunkt in der Anerkennung des Rechts auf Krieg. Die positivistische Völkerrechtslehre lehnte die Lehre vom gerechten Krieg (vorne Ziff. 1.b) ab und stellte sich auf den Standpunkt, den souveränen Staaten stehe grundsätzlich

ein freies Kriegsführungsrecht zu, das nur vertraglich begrenzt werden könne (*ius ad bellum*):

„Die positivistische Völkerrechtslehre vertrat (...) die Ansicht, dass die ‚bellum iustum‘-Lehre nur eine moralische Doktrin, im positiven [Völkerrecht] aber nicht verankert sei. So bemerkte der Begründer dieser Richtung, Johann Jakob Moser, dass nur durch Verträge ausgemacht werden könne, was als ‚rechtmässige Ursache eines Krieges angesehen werden sollte‘. Noch nach dem ersten Weltkrieg schrieb (...) Dionisio Anzilotti, dass der Krieg ein erlaubtes Mittel der Selbsthilfe sei, ‚es sei denn, dass der Angreifer sich verpflichtet hat, gegen diesen anderen Staat keinen Krieg zu führen‘. (...)“

[D]as Zweite Haager Abkommen von 1907 (...) über die Beschränkung der Gewaltanwendung zur Eintreibung von Vertragsschulden (d.h. Schulden, die auf einem Verträge zwischen ausländischen privaten Gläubigern und einem Staat als Schuldner beruhten), [liess] einen Krieg sogar zur Eintreibung solcher Schulden zugunsten privater Gläubiger zu (...), wenn der Gegner ein schiedsgerichtliches Verfahren zur Austragung des Streites ablehnte oder den Schiedsspruch nicht erfüllte.“ (Verdross/Simma, S. 63 f.)

Frieden und Krieg wurden als unterschiedliche Situationen verstanden, auf welche unterschiedliche Regeln Anwendung fanden: das Friedens- und das Kriegsvölkerrecht. Kriegserklärung und Friedensvertrag bestimmten, wann von der einen zur anderen Rechtsordnung gewechselt wurde.

II. DAS MODERNE VÖLKERRECHT

1. Begriff

Das moderne Völkerrecht, wie es sich nach einer Übergangszeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg seit 1945 entwickelt hat, ist weit mehr als das Recht der zwischenstaatlichen Beziehungen. Das moderne Völkerrecht regelt nicht nur das Verhältnis der Staaten zueinander, sondern auch hoheitsfreie Räume (Weltmeere, Atmosphäre, Weltraum), die internationalen Organisationen und ihre Beziehungen untereinander und zu den Staaten sowie die Rechte und Pflichten Privater innerhalb der einzelnen Staaten (z.B. Menschenrechte und Völkerstrafrecht). Nationales Recht behandelt ebenfalls Fragen der internationalen Beziehungen (z.B. Aussenhandelsrecht, Entwicklungszusammenarbeit, Waffenausfuhr). Völkerrecht kann deshalb heute nicht mehr durch seinen Regelungsgegenstand definiert werden, sondern nur durch die Art, wie es zustande kommt, d.h. durch seine Rechtsquellen.

In diesem Sinn ist Völkerrecht Recht, welches auf dem *Konsens der Staaten beruht und seinen Ausdruck in den anerkannten Rechtsquellen*, insbesondere völkerrechtlichen Verträgen, Völkergewohnheitsrecht und allgemeinen Rechtsgrundsätzen (und zunehmend auch im *Soft Law*; siehe hinten 1. Teil, 4. Kap., Ziff. II) findet.

2. Merkmale

Rechtlich bedeutsame Entwicklungen und Merkmale des modernen Völkerrechts sind:

- *Vom europäischen zum universellen Recht:* Während grosse Teile der Welt (v.a. die Kolonien) im klassischen Völkerrecht vom Kreis der Völkerrechtssubjekte ausgeschlossen waren, sind heute praktisch alle Staaten der Welt Mitglied der UNO und damit rechtlich gleichberechtigte Mitglieder der Staatengemeinschaft. Universell ist das moderne Völkerrecht auch insofern als es inhaltlich oft den Anspruch auf umfassende Geltung erhebt (z.B. im Bereich des Menschenrechtsschutzes). Die Universalität wird allerdings durch eine zunehmende Fragmentierung des Völkerrechts in einzelne Regelungsbereiche mit Sonderregeln und die Zunahme regionalen Rechts gefährdet.

„What once appeared to be governed by ‚general international law‘ has become the field of operation for such specialist systems as ‚trade law‘, ‚human rights law‘, ‚environmental law‘, ‚law of the sea‘, ‚European law‘ and even such exotic and highly specialized knowledges as ‚investment law‘ or ‚international refugee law‘ etc. – each possessing their own principles and institutions. The problem, as lawyers have seen it, is that such specialized law-making and institution-building tends to take place with relative ignorance of legislative and institutional activities in the adjoining fields and of the general principles and practices of international law. The result is conflicts between rules or rule-systems, deviating institutional practices and, possibly, the loss of an overall perspective on the law.“ (ILC, Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law, UN Doc. A/CN.4/L.682, 13. April 2006, Rn. 8)

- *Vom Recht auf Krieg zum Gewaltverbot:* Das moderne Völkerrecht untersagt mit dem in Art. 2 Ziff. 4 UNO-Charta vertraglich verankerten (und auch gewohnheitsrechtlich geltenden) Gewaltverbot den Staaten, in ihren internationalen Beziehungen Interessen und Ansprüche mittels Waffengewalt durchzusetzen. Das klassische Recht auf Krieg ist abgeschafft und durch das System der kollektiven Sicherheit der UNO ersetzt worden, welches – unter Vorbehalt des Selbstverteidigungsrechts der Staaten – den Entscheid über die Anwendung von Waffengewalt beim UNO-Sicherheitsrat monopolisiert hat (hinten 4. Teil, 3. Kap., Ziff. I). Das Gewaltverbot erfasst allerdings nur zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte, nicht aber solche zwischen Regierungen und Aufständischen oder zwischen nichtstaatlichen Gruppierungen. Während das Gewaltverbot dazu beigetragen hat, die Zahl zwischenstaatlicher Kriege stark zu reduzieren, sind innerstaatliche bewaffnete Konflikte heute die dominante Konfliktform.
- *Vom Koexistenzrecht zur Regelung internationaler Kooperation und Verfolgung von Gemeinschaftsinteressen:* Die im Vergleich zum 19. Jahrhundert enorm gewachsene wirtschaftliche Verflechtung und die Zunahme von Problemen mit grenzüberschreitendem Charakter (Umweltprobleme, Migrationsbewegungen, internationale Kriminalität etc.) haben bewirkt, dass quantitativ der grösste Teil des heutigen Völkerrechts nicht mehr die Abgrenzung der Einflussphären der Staaten (Koexistenz), sondern ihre Kooperation zur Bewältigung gemeinsamer Probleme zum Inhalt hat. Dieser Wandel vom Koexistenz- zum Kooperations- oder gar Solidaritätsrecht prägt das moderne Völkerrecht stark. Kooperationsrecht kann primär der Sicherung und Durchsetzung staatlicher Eigeninteressen dienen (Beispiel: internationale Rechtshilfeverträge) oder überwiegend Gemeinschaftsinteressen

schützen und fördern (Beispiel: das Pariser Übereinkommen mit seinen Massnahmen zur Reduktion des Klimawandels). Von Solidaritätsrecht kann man sprechen, wo mit besonderen Problemen konfrontierte Staaten von der Staatengemeinschaft unterstützt werden (Beispiel: Normen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe).

- *Vom Bilateralismus zum Multilateralismus:* Während im klassischen Völkerrecht die meisten Verträge zwischen zwei Staaten verhandelt und abgeschlossen wurden, hat der Multilateralismus das Erarbeiten von Verträgen und Beschlüssen und deren Umsetzung in internationale Organisationen (v.a. die UNO) verlagert. In jüngster Zeit ist der Multilateralismus als Folge des zunehmenden Nationalismus in gewissen Mitgliedstaaten der UNO und regionaler Organisationen und erneuter Spannungen zwischen den Grossmächten unter Druck geraten.
- *Vom Recht der Staaten zum Recht, das auch internationale Organisationen und Individuen erfasst:* Während das klassische Völkerrecht primär das Recht der Beziehungen zwischen Staaten war, erstreckt sich das moderne Völkerrecht sowohl bezüglich Regelungsgegenstand als auch Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten (Völkerrechtssubjekte) auf die internationalen Organisationen (v.a. das UNO-System; dazu hinten 3. Teil, 4. Kap.) und die Privaten (v.a. in Bezug auf die Menschenrechte, dazu hinten 3. Teil, 5. Kap., Ziff. IV).
- *Von der absoluten zur relativen Souveränität der Staaten* (dazu hinten 3. Teil, 1. Kap., Ziff. IV), welche heute als umfassendes Letztentscheidungsrecht nicht mehr existiert:

„Äussere Souveränität bedeutet in den Worten Max Hubers Unabhängigkeit im Sinne des Rechtes, auf einem bestimmten Territorium unter Ausschluss aller anderen Staaten hoheitliche Funktionen auszuüben. Die Befugnis der Staaten, ihre Ziele, Mittel und Strukturen unabhängig von fremden Ländern und Organisationen festzulegen, findet rechtlich ihre Grenzen am Völkerrecht, das seinerseits dauerndem Wandel unterworfen ist; in tatsächlicher Hinsicht wird sie durch die grenzüberschreitenden Verflechtungen heutiger internationaler Beziehungen modifiziert. Unabhängigkeit und Souveränität sind relative, in ihrer Tragweite begrenzte und in Zeit und Raum Veränderungen unterworfenen Begriffe. ... Trotzdem sind Unabhängigkeit und Souveränität immer noch tragende Säulen der globalen Gemeinschaft der Staaten: Die Kontinente und – im Bereich der Küstengewässer – wichtige Teile der Meere sind heute fast lückenlos unter die souveränen Staaten aufgeteilt, und rechtlich beruht das ganze UNO-System auf dem ‚Grundsatz der souveränen Gleichheit‘ aller Staaten. (...) Das völkerrechtliche Institut der Souveränität sichert den Staaten gerade unter den Bedingungen knapper werdender Ressourcen und trotz völkerrechtlichem Gewaltverbot bestehender Kriegsgefahr eine Minimalposition, die notwendig ist, um in internationalen Auseinandersetzungen bestehen zu können. Allerdings vermag die rhetorische Übersteigerung der Souveränitätsidee, wie sie etwa in der Abstempelung jeder von aussen kommenden Kritik als unzulässige Einmischung in innere Verhältnisse zum Ausdruck kommt, nur notdürftig die Tatsache verdecken, dass die Souveränität historisch ihren Bedeutungshöhepunkt überschritten hat.

Drei Entwicklungen sind in diesem Zusammenhang von besonderer Relevanz: Wie bereits angetönt, hat das Gewaltverbot dem souveränitätsrechtlichen ius ad bellum ein Ende gesetzt und damit dem absoluten Souveränitätsbegriff des Völkerrechts die Spitze gebrochen. Der grenzüberschreitende Charakter von wirtschaftlichem Handeln, der Massenmedien, von Moden und Ideologien, kurz: die Interdependenz fast aller Lebensbereiche kollidiert mit der dem Souveränitätsdenken zugrunde liegenden territorialen Abgrenzung aller Aktivitäten. (...) Schliesslich bewirkte die Stärkung der internationalen Menschenrechte eine wichtige Durchbrechung der These von der Mediatisierung des Individuums

durch seinen Heimatstaat: Die Souveränität der Staaten wird hier gewissermaßen von unten her beschränkt, indem der Einzelne staatlicher Gewalt nicht mehr voll ausgeliefert ist, sondern sich ihr gegenüber in zentralen Persönlichkeitsbereichen auf den Schutz des Völkerrechtes berufen kann.“ (Walter Kälin, Verfassungsgrundsätze der schweizerischen Aussenpolitik, ZSR 1986 II S. 266 ff.)

3. *Rechtsnatur des Völkerrechts*

a. Kein Recht ohne zentrale Durchsetzungsmacht?

Innerstaatlich garantiert in der Regel ein Apparat der Zwangsdurchsetzung die Beachtung der Rechtsordnung. Ein analoges System fehlt im Bereich des Völkerrechts, wo die Möglichkeiten der gerichtlichen Durchsetzung der eigenen Rechte (dazu hinten 4. Teil, 2. Kap.) beschränkt sind und so etwas wie eine Weltpolizei fehlt. Deshalb wurde (und wird) dem Völkerrecht teilweise der Rechtscharakter abgesprochen: WALTER BURCKHARDT kam unter Hinweis auf fehlende internationale Gesetzgebungs- und Durchsetzungsorgane zum Schluss: „Eine Rechtsordnung, die als Ganzes der Möglichkeit des Zwanges entbehrt, ist mangelhaft und von vornherein unfähig, die Idee des Rechts vollständig zu verwirklichen“ (Walther Burckhardt, Die Unvollkommenheit des Völkerrechts (1923), abgedruckt in: Ders., Aufsätze und Vorträge 1910-1938, Bern 1970, S. 131 f.). HANS MORGENTHAU leitete demgegenüber aus dem Zwangscharakter der durch die Macht des Stärkeren geprägten zwischenstaatlichen Beziehungen ab, dass dieser keinen Raum für Recht lasse. Für ihn ist internationale Politik „ein Kampf um die Macht. Wo immer die letzten Ziele der internationalen Politik liegen mögen, das unmittelbare Ziel ist stets die Macht“ (Hans Morgenthau, Macht und Frieden, Gütersloh 1963, S. 69).

Während diese Auffassungen für das klassische Völkerrecht eine gewisse Berechtigung hatten, widersprechen sie der heutigen Realität internationaler Beziehungen. Diese sind trotz häufiger Verletzungen völkerrechtlicher Verpflichtungen immer stärker von Rechtsnormen geprägt: Bereiche wie der internationale Handel oder Luftverkehr würden ohne einen hohen Grad an Regulierung und Respekt für diese Normen zusammenbrechen. Eine Rechtsordnung wie das Völkerrecht, das von im Wesentlichen gleichberechtigten, souveränen Staaten gesetzt wird, muss Mechanismen entwickeln, die den Rechtsvollzug auch ohne hoheitliche Zwangsgewalt weitgehend gewährleisten können. Allerdings weist das internationale Recht

„als Rechtsordnung Besonderheiten auf. Tatsächlich sind Rechtsetzungs- und Rechtdurchsetzungsorgane im Vergleich zum innerstaatlichen Recht schwach ausgestaltet. Der Begriff des Rechts wird aber allzu sehr eingeengt, wenn man ihn auf das Modell des Gesetzes und seiner richterlichen Durchsetzung reduziert. Rechtsgeltung bezieht das internationale Recht v.a. aus Vertrag und Gewohnheitsrecht, Rechtsquellen also, die auch innerstaatlich Verbindlichkeit herzustellen vermögen. Wenn wir an die Durchsetzung solcher Normen denken, sollten wir uns vor Augen halten, dass Herrschaft und Zwang nicht die einzigen Grundlagen funktionierender Rechts sind: Rechtssoziologen haben gezeigt, dass z.B. weite Bereiche des Vertrags- und Handelsrechts nicht primär aus Angst vor dem Richter und dem Vollstreckungsbeamten eingehalten werden, sondern schlicht deshalb, weil Rechtsbruch unter Geschäftspartnern auf den Verantwortlichen zurückfällt und er nicht lange im

Geschäft bleibt, wenn er Regeln missachtet. Ethnologische Studien haben das Verständnis dafür geschärft, dass sogar Gesellschaften ohne jegliche Regierungsstrukturen (sog. akephale Gesellschaften) Normen kennen und sie auch durchsetzen können. Gegenseitige Abhängigkeit (Interdependenz) und Reziprozität sind hier der Kitt, der die Normgemeinschaft zusammenhält. In ähnlicher Weise ist auch das Völkerrecht nicht so sehr auf Herrschaft gebautes ‚Subordinationsrecht‘, sondern primär ‚Koordinationsrecht‘ einer dezentralen, sich selbst regierende Gemeinschaft gleichberechtigter Rechtssubjekte.“ (Walter Kälin, Internationales Recht als Studienfach, in: Gunther Arzt/Pio Caroni/Walter Kälin, Juristenausbildung als Denkmalpflege?, Bern 1993, S. 68 f.)

b. *Völkerrecht als weitgehend dezentralisierte, auf Konsens beruhende Rechtsordnung*

Normative Grundlage dieser Rechtsordnung ist gemäss den rechtspositivistischen Theorien der Geltung des Völkerrechts (Hans Kelsen, Reine Rechtslehre, 2. Auflage, Verlag Österreich, Wien 2000) der Grundsatz *pacta sunt servanda*, d.h. die freiwillige Zustimmung zu Regeln und ihre darauf beruhende Verbindlichkeit. Diese kann ausdrücklich (Vertragsrecht) oder aber konkludent (Gewohnheitsrecht) erfolgen. Konsens der Staaten, welcher laut VERDROSS/SIMMA „die ursprüngliche Quelle des Völkerrechts“ bildet, kann aber auch „durch Anerkennung, Duldung und Bestreitung von Ansprüchen und Situationen“ ausserhalb der formellen Verfahren der Rechtsetzung zur Schaffung von neuem und Weiterbildung des geltenden Rechts führen (a.a.O., S. 324). Damit stellt das Völkerrecht laut J.P. MÜLLER „in seiner Grundstruktur eine dezentralisierte und im Institutionellen wenig gesicherte Rechtsordnung dar. Was als Recht gilt, wird infolge des Mangels an zentralen Organen der Rechtsetzung in einem weiten Bereich von den Rechtssubjekten selbst in einem ständigen Prozess der Vereinbarung, Anerkennung, Duldung, Bestätigung oder Bestreitung konkretisiert“ (Jörg Paul Müller, Vertrauensschutz im Völkerrecht, Köln 1971, S. 35 f.).

Konsens allein erklärt allerdings nicht, warum in der Realität der internationalen Beziehungen Völkerrecht meist eingehalten wird und Verletzungsfälle – allerdings oft sehr sichtbare – Ausnahmen sind. Faktische Grundlage für das Funktionieren einer solchen Rechtsordnung ist die umfassende Interdependenz der Staaten: Die gegenseitige (aber oft ungleichgewichtige) Abhängigkeit der Staaten in den meisten Bereichen modernen Lebens wird etwa mit folgender Kausalitätskette erklärt: Ressourcenknappheit führt zu Fremdversorgung, welche ihrerseits die Störungsanfälligkeit der Staaten und damit ihre Verwundbarkeit bewirkt. Daraus resultiert ein hoher Grad an (gegenseitiger) Abhängigkeit (Daniel Frei, Die internationale Umwelt als Rahmenbedingung der schweizerischen Politik und die Gestaltung der schweizerischen Aussenbeziehungen, in: Riklin [Hrsg.], Handbuch Politisches System der Schweiz, Bd. I, Bern 1982, S. 472). Verschärft wird die Aussenabhängigkeit der Staaten heute durch den Prozess der Globalisierung der Wirtschaft und die Existenz globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, welche kein Staat allein bewältigen kann.

Das Prinzip von *do ut des* funktioniert besonders gut, wo die Staaten sich gegenseitig reziproke Leistungen schulden (Beispiele: Auslieferungsverträge; Verträge über Landrechte für die Fluggesellschaften des anderen Staates).

Weniger Gestaltungskraft entfaltet es in Bereichen wie dem internationalen Menschenrechtsschutz und Umweltrecht, wo dem Element der Reziprozität nur am Rand eine Rolle zukommt. Hier spielt die Tatsache, dass eine bestimmte Norm von den Staaten als *legitim* anerkannt wird, eine besonders wichtige Rolle (Thomas Franck, *The Power of Legitimacy among Nations*, Oxford 1990).

c. *Zwangselemente im Völkerrecht*

Das Völkerrecht geht in seiner klassischen Variante vom Grundgedanken aus, dass seine Subjekte, primär die Staaten, gleichrangig und souverän sind, d.h. das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, ohne Einmischung der anderen Staaten. Deshalb haben die Staaten nicht nur ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen selbst *zu beachten*, sondern das Völkerrecht auch selbst *durchzusetzen*.

Anders als im innerstaatlichen Recht dürfen die Rechtssubjekte zur *Selbsthilfe* greifen, wenn sie in ihren Ansprüchen verletzt sind. Das Völkerrecht stellt den Staaten verschiedene Mittel mit Zwangscharakter zur Verfügung, um gegen jene vorzugehen, die seine Normen verletzen (dazu hinten 4. Teil, 1. Kap., Ziff. II), darunter das Recht, gegenüber dem Verletzterstaat selbst Völkerrecht zu verletzen, um diesen zu zwingen, sich wieder rechtskonform zu verhalten (sog. Gegenmassnahmen bzw. Repressalien).

Darüber hinaus läuft die Entwicklung des modernen Völkerrechts heute hin zu *vermehrter Zwangsdurchsetzung von oben*. Die horizontale Rechtsdurchsetzung durch die Staaten wird zunehmend durch Durchsetzungsmechanismen ergänzt, welche gewissermassen hoheitlich Staaten zur Einhaltung des Rechts zwingen bzw. Rechtsverletzungen sanktionieren (dazu ausführlich hinten 4. Teil, 2. Kap.). Besonders weitgehend sind die Befugnisse des UNO-Sicherheitsrates, welcher gegen Rechtsbrecher sogar militärische Zwangsmittel beschliessen kann (vgl. dazu hinten 4. Teil, 3. Kap., Ziff. II.2.c). Zu nennen sind aber auch die verschiedenen internationalen Gerichte, die in den letzten fünfzig Jahren entstanden sind (dazu hinten 4. Teil, 2. Kap., Ziff. II).

d. *Konstitutionalisierung des Völkerrechts?*

In den letzten Jahrzehnten hat sich v.a. die deutschsprachige Literatur mit dem Thema der Konstitutionalisierung des Völkerrechts befasst, d.h. mit der These, dass sich das Völkerrecht in Richtung einer Verfassungsordnung der Staatengemeinschaft entwickelt. Dabei stehen zwei unterschiedliche Verfassungsverständnisse im Vordergrund:

- (1) *Verfassung als Grundordnung der auf Kooperation beruhenden Staatengemeinschaft*: Diese Auffassung (z.B. Verdross/Simma, S. 59 ff.) versteht die Verfassung als „Grundordnung“, d.h. als Grundgesetz im Sinne der grundsätzlichen und deshalb hierarchisch höchsten Normierung einer organisierten Gemeinschaft, welche sich auf so fundamentale Elemente wie die zu verfolgenden Ziele, die grundlegenden Rechte und Pflichten der Mitglieder und die gemeinsamen Organe konzentriert. Dieser Verfassungsbegriff trifft